

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: M. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
folgt das Blatt 50 Pf. mehr.
Anzeigen: die Beizeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Fischplatz 3.
Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: E. Mosse, Hancsülein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thiens, Greifswald G. Illies,
Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, Wilhelm Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Esler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die
auswärtigen, bitten wir, das Abon-
nement auf unsere Zeitung recht bald er-
neuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne
Unterbrechung zugeht und wir sogleich die
Stärke der Auflage feststellen können. Die
reichhaltige Fülle des Materials, welches
wir aus den politischen Tages-
ereignissen, aus den Kam-
mer- und Reichstags-Berich-
ten, aus den lokalen und pro-
vinziellen Begebnissen dar-
bieten, die Schnelligkeit unserer Tele-
graphischen Depeschen (auch über
den Schiffahrtsverkehr) und anderen
Nachrichten, für deren schnellste Ueber-
mittlung wir ein eigenes Bureau
in Berlin errichtet haben, ist so bekannt,
dass wir es uns verkagen können, zur
Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas
zuzufügen. Ebenso werden wir auch
ferner für ein interessantes und spannendes
Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal
erscheinenden Stettiner Zeitung be-
trägt außerhalb auf allen Post-
anstalten vierteljährlich nur zwei
Mark, in Stettin in der Expedition
monatlich 50 Pfennige, mit Brin-
gerlohn 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher
die billigste politische Zeitung, welche
täglich zweimal und in einem so
großen Formate erscheint und den Lesern
eine solche von keinem andern hiesigen
Blatte auch nur annähernd erreichte Fülle
von Nachrichten bringt. Wir weisen auch
noch besonders darauf hin, dass unsere
Stettiner Zeitung die Nachrichten
über die Berliner und hiesige
Getreide-, Waaren- und
Fondsbörse bereits im Abend-
blatt des gleichen Tages ver-
öffentlicht und diese Nachrichten daher
den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf
das aller schnellste übermitteln.

Die Redaktion.

E. L. Berlin, 17. März.
Deutscher Reichstag.
69. Sitzung vom 17. März.

Präsident v. Lepow eröffnet die Sitzung
um 1 Uhr.

Eingegangen: Vorlage betr. Anwendung der
Zollermäßigungen und Zollbestimmungen gegenüber
Rumanien und Spanien.
Die erste Beratung der Gesetzentwürfe über
den Unterfütungswohnort wird fortgesetzt.

Abg. Baumbach (freis.): Ich verhalte
mich im Wesentlichen zustimmend zu der Vorlage.
Wenn ich etwas einzuwenden habe, so ist dies
hauptsächlich der Fall gegenüber dem Passus der
Motive, dass die definitive Regelung noch in
suspensio gelassen werden solle. Man hätte hier
reinen Tisch machen sollen. Herr Hahn deutete
gerade die Absicht einer Nichtlehr zum Heimath-
sprinzip an. Ich möchte, damit hätten wir
schlechte Erfahrungen genug gemacht. Ich meine
fogar, dass wir jetzt ernstlich überlegen müssten, ob
der einzige Staat, der noch das Heimathrecht
hat, Baiern, es noch weiter behalten darf? Es
sind gerade grausame Erfahrungen mit diesem
Heimathsprinzip in Baiern gemacht. Ja, Sie
rufen da: Reservatrecht! Aber der Fall, dass eine
Heimathstrafe, deren Mann aus Thüringen zuge-
zogen gewesen war, nach dort zurückgeführt
wurde, und ähnliche Fälle zeigen doch, wie be-
denklich dieses bairische Prinzip ist. Haben wir
einmal die Freizügigkeit für das ganze Reich, so sollten
solche Dinge unmöglich sein. Auch das entgegen-
gesetzte Prinzip: der Aufenthaltsort, hat, wenn rein
durchgeführt, seine Bedenken. Die Abschließung
in großen Umfange würden wahrscheinlich nicht
anschießen. Jede Dienstbehörde würde bemittelt sein,
einen, der auf der Landstrasse liegen zu bleiben
droht, wofür in die nächste Gemeinde weiter zu be-
fordern. Das dritte System ist das bestehende,
an welchem auch die Vorlage festhält, das der
Verbindung der Land- mit Orts-Armenverordnungen.
Dieses hat vor den beiden anderen entschieden den
Vorzug. Die hier vorgeschlagene Altersgrenze von
18 Jahren halte ich für die richtige. Dass da-
durch an den Verhältnissen des platten Landes
viel geändert werden würde, glaube ich übrigens
nicht. Nach einer Enquete, welche auf Veran-
lassung des Großgrundbesitzes selbst angestellt ist,
sind die Verhältnisse dem doch auf dem Lande
nicht so günstig, wie Herr von Schalkha das ge-
sagt meinte. Aber für den Wegzug der Arbeiter
entscheidend nicht einmal die Lohnverhältnisse an-
sichtlich oder hauptsächlich. Auch nicht die Be-
handlung, die — wenigstens nach meinen Erfah-
rungen in Westpreußen — nicht immer so schlecht
ist, wie die Sozialdemokraten sie schildern. Ent-
scheidend ist, und da fällt mir ein altes Sprich-
wort ein: Stadtlust macht frei. Das patri-
archalische System hat sich nun einmal
überlebt. Auch in die Natural-Ökonomie
schieben sich die Landarbeiter nicht mehr
so wie früher. Das patriarchalische System ist
völlig physiologisch ansichtslos. Der Zug nach
dem Westen ist, wie der soziale Schriftsteller
Webber, der die Ergebnisse der schon erwähnten
Enquete dargestellt hat, treffend sagt: ein Zug
nach höherer Kultur.

Staatssekretär v. Böttcher: Auch ich
habe den Wunsch nach einheitlicher Regelung des
Gesetzes für ganz Deutschland. Aber den
Vorzug muss ich da doch darauf annehmen
machen, dass die Aufrechterhaltung des Heimath-
sprinzips in Baiern auf einem Reservatrechte
beruht. Die Uebertragung ferner bezüglich einer

fundamentalen Regelung der Sache halte ich jetzt
für ansichtslos. Das haben frühere Versuche
gezeigt. Je länger und je mehr unsere sozial-
politische Gesetzgebung das geleistet haben wird,
was wir von ihr erhoffen, desto leichter werden
wir ja auch wohl später zu einer Verständigung
über das Prinzip der Armenpflege gelangen. Kann
doch bereits für Berlin ein mit dem Gegenstande
befasster Kommunalbeamter in seinem Werte über
den Einfluss der Sozialgesetze auf die Armenpflege
konstatieren, dass durch jene Gesetze die Armenpflege
Berlins schon jetzt, 1891, stark entlastet sei. In
Zukunft werde das in noch höherem Maße der
Fall sein. Den stärksten Einfluss auf die Armen-
pflege, so fährt der Verfasser fort, ver-
sichere die Altersversicherung anzunehmen.
Es ist danach ganz unklar, dass unsere
Versicherungs-Gesetzgebung die Armenpflege sehr
entlastet. Wenn der Etat Berlins für diesen
Zweck democh geteigert ist, so hat das einmal
den Grund, dass die Bevölkerung Berlins ge-
wachsen ist, und dann den zweiten Grund, dass
die Kommune Berlin — und das muss man ihr
anerkennd anrechnen — in ihrer Armenpflege
intensiver geworden ist, die Unterfütungen in den
Einzelfällen erhöht hat. Und wenn so der
standard of life der Unterfütungs-Empfänger
durch unsere Versicherungs-Gesetzgebung eine
bessere geworden ist, so ist doch das schon un-
klar, ein Verdienst unserer sozialen Gesetze,
welches gerade die Sozialdemokraten anerkennen
sollten! Wenn erst unsere Sozialgesetze längere
Zeit gewirkt haben wird, dann werden wir
auch zu dem radikalen Punkte kommen, den
Herr Baumbach und sein Freund Nidderer wün-
schen: dass nämlich jeder da unterstützt wird, wo
seine Noth und Unterfütungsbedürftigkeit sich
herausstellt. Auch die Gefahr des Abschiebens
wird dann nicht mehr eine so große sein. Das
Verlangen nach Abschieben wird sich alsdann bei
den verpflichteten Armenverbänden nicht mehr so
intensiv äußern, denn die Zahl der zu Unter-
fütenden wird eine erheblich geringere sein. Man
hat nun auch die Zentralisation der Armenpflege
verlangt, Uebertragung derselben auf das Reich.
Aber gerade auf dem Gebiete der Armenpflege ist
Individualisten nöthig. Deshalb kann man diese
sache nicht genug lokalisieren, wenn man auch die
Last auf breitere Schultern legen kann. Auf
Einzelheiten der Vorlage wolle er nicht eingehen,
das werde in der Kommission geschehen. Nur
eines wolle er sagen: die Altersgrenze für den
selbstständigen Erwerb und Verlust des Unter-
fütungswohnortes bitte er, jedenfalls nicht über
18 Jahre zu erhöhen. Je höher man greife,
desto mehr gebe der Zweck der Vorlage verloren.
Auch unter 18 Jahre, auf 16, herabzugehen,
halte er nicht für nöthig, denn in der Regel trete
die Selbstständigkeit doch nicht schon mit 16 Jah-
ren ein. Immerhin würden die Regierungen,
wenn der Reichstag unter 18 Jahre herabgehe,
sich voraussichtlich dem nicht widersetzen. Dem
Wunsche, sämtliche Arbeiter, auch die dem
Krankenkassen-Gesetze nicht unterstehenden, diesem
Gesetze zu unterstellen, würde er nicht wider-
streben.

Abg. Mollenhuth (Sozialdem.) bemängelt,
dass die Vorlage keine fundamentale Regelung
bringe, und verlangt, wie gestern sein Fraktions-
genosse Stolle, Zentralisation der Armenpflege
durch das Reich. Besonders lebhaft protestirt
Nidderer gegen die Strafbestimmungen. Das Kor-
rektionshaus habe noch Niemanden gebessert, viel-
mehr stets das Gegentheil da, wo es noch vor-
handen war, ganz getödtet. Wer noch kein Sa-
gabund war, komme als solcher aus dem Arbeits-
hause heraus.

Abg. v. Pfekten (Zentrum) bemerkt dem
Abg. Baumbach, die Anfrage auf liebgewordene
Reservatrechte, wie das bairische Heimathrecht,
erschweren die Verständigung. Nichtstände zu
beizugehen, sei er und sei man in Baiern bereit, wie
ja die in Baiern erfolgte Abänderung der Be-
stimmungen über die Verehelichung zeige. Aber
Reservatrechte wolle er nicht aufgeben.

Abg. Baumbach erwidert, dass er mit
seinen Bemerkungen Anstoß bei den Baiern er-
regen würde, habe er sich denken können. Die
Herrn seien ja in Bezug auf Reservatrechte sehr
pünktlich. Sicher sei, dass das bairische Heimath-
recht und Verehelichungsgesetz mit dem reichsgesetzlichen
Rechte der Freizügigkeit unvereinbar seien. Es
sei ebenfalls eine Bevormundung Baierns, dass der
Baiern, der in einem andern Einzelstaate verarmt,
dieser zur Last falle, während Baiern gegenüber
verarmten Angehörigen anderer Einzelstaaten keine
Unterfütungspllicht habe. Nebenbei liege die
Sache mit dem Verehelichungsgesetze. In Baiern
rechtsgültig geschlossene Ehen würden überall an-
erkannt, nicht jedoch umgekehrt. Selbst der bairi-
sche Minister von Nidderer habe einmal in einem
Schreiben an Koster gemeint, dass das bairische
Heimathrecht über kurz oder lang fallen müsse.
Er, Nidderer, bedauere, dass der Reichsgedanke in
Baiern nicht fester Fuß gefasst habe.

Abg. v. Schalkha (Zentr.) verbreitet sich
nochmals über die Lohnverhältnisse auf dem
Lande, die Behandlung der Arbeiter dorthin,
meint, dass in beiden Beziehungen kein Grund
zur Klage vorliege und befreit, dass Max
Webber Recht habe, wenn er den Zug nach dem
Westen als den Zug nach höherer Kultur ansehe.
Nidderer wendet dann gegenüber den Ausführungen
des Staatssekretärs v. Böttcher über die Sozial-
versicherungsgesetze ein, dass die Verwaltungsstellen
aus Anlass dieser Gesetze weit mehr verschlängen,
als die Renten.

Staatssekretär v. Böttcher erwidert,
dass sei nur in den ersten Jahren der Fall, so
lange die Zahl der Renten eine noch geringe sei.
Vorredner möge nur noch die Jahre bis zum
Beharrungszustande abwarten.
Nach einer weiteren Debatte, an der sich
noch die Abgg. v. Pfekten, Stolle, von
Hornstein, Dreesbach und Dr. Baum-
bach betheiligen, erklärt
Staatssekretär v. Böttcher, die Initia-
tive zur Aufhebung des bairischen Reservatrechts
komme weder vom Reichstage, noch vom Bundes-
rathe, sondern lediglich von Baiern selbst aus-
gehen.

Die Vorlage wird alsdann einer Kommission
von 21 Mitgliedern zur Vorberatung über-
wiesen.
Die Novelle zur Maß- und Gewichtsvorordnung
wird in dritter Lesung angenommen.
Die dazu gestellte Resolution Drömel,
betr. amtliche Einführung einer in das metrische
System passenden Bezeichnung für 100 Kilo,
wird angenommen.

Die Vorlage betr. Revision in bürgerlichen
Rechtsstreitigkeiten, wird definitiv angenommen.
Hierauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Morgen 1 Uhr.
Tages-Ordnung: Kleine Vorlagen und Pe-
titionen.
Schluß 4 1/2 Uhr.

E. L. Berlin, 17. März.
Preussischer Landtag.
Herrenhaus.

3. Sitzung vom 17. März, 2 Uhr.
Vizepräsident Freiherr v. Mantuffel er-
öffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Meine
Herrn! Unser jetziger Zusammentritt (die Mit-
glieder des Hauses erheben sich) nach mehrmonat-
licher Pause steht unter dem traurigen Eindruck
des Einganges unseres hochverehrten Herrn Präsi-
denten, des Herzogs von Ratibor, der auf dem
Pfade, den ich heute interimistisch einnehme, 16
Jahre lang fast allen Sitzungen des Herrenhauses
vorgezogen hat. Das der zweite Vizepräsident
und ich im Namen des Herrenhauses am Saage
seines vereinigten Präsidenten einen Kranz nieder-
gelegt haben, entspricht wohl dem Wunsche der
Mitglieder des Hauses, aber ich hielt es auch für
gehörend, denselben im „Staatsanzeiger“ einen
Nachruf zu widmen, dessen Inhalt Ihnen Allen
bekannt ist. Meine Herren! Ich hoffe, dass ich
auch hierin Ihren Wünschen entsprechend gehan-
delt habe. Diefem Nachrufe möchte ich aber
kaum noch etwas hinzufügen, denn betrannern
wollen wir unsern verehrten Präsidenten, nicht
aber ihn loben, das würde seinem Sinne ganz
gewiss nicht entsprechen. Aber das Eine muß ich
hier nochmals hervorheben: unseres vereinigten
Präsidenten echte Gottesfurcht, seine unerschütterte
Königstreue, seine wahrhaft patriotische Gesinnung,
seine unerschütterliche Gerechtigkeit, seine große
Herzengüte und seine persönliche Lebenswürdig-
keit haben bewirkt, dass seine Thätigkeit als Prä-
sident des Herrenhauses eine so überaus segens-
reiche gewesen ist, sie haben es auch bewirkt,
dass alle Mitglieder dieses hohen Hauses in ihm ihren
persönlichen Freund und Verehrten, dem Sie Alle, da-
von bin ich überzeugt, ein treues und dankbares
Andenken bewahren werden. Sein Vorbild wird
sich stets segensreich für uns Alle und für das Vater-
land sein.

Das Haus genehmigte alsdann, nach Erledi-
gung einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten, die
Novelle zur Kirchenverfassung in den acht älteren
Provinzen und den Gesetzentwurf, betreffend die
Aufhebung der Stolgebühren in der Provinz Han-
nover und erklärte den Rechnungsbericht über
die weitere Ausführung des Konsolidationsgesetzes
für erledigt.

Hierauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr.
Tagesordnung: Kleinere Vorlagen und Pe-
titionen des landwirthschaftlichen Zentral-Vereins der
Provinz Sachsen.

Abgeordnetenhaus.
54. Sitzung vom 17. März.
Der Vizepräsident eröffnet die Sitzung um
12 Uhr.

Der Gesetzentwurf betr. die Erweiterung der
Stadtgemeinde Kiel wird in dritter Lesung de-
battirt und genehmigt.
Es folgt die erste Lesung der Vorlage betr.
die Aenderung der Verwaltungsgerichte (Einrich-
tung besonderer Kammern zur Entscheidung von
Steuer-Reklamationen).

Abg. Dr. v. Gneiff (natl.) befragt die
Vorlage, die in Folge der Zunahme der Steuer-
reklamationen, einem dringenden Bedürfnisse ab-
helfen. Nicht unbedingt dürfte die Theilung
des Senates in verschiedene Kammern sein. Man
wird darnach streben müssen, die Einheitlichkeit
der Entscheidungen zu sichern. Eine Kommissions-
beratung wird nicht notwendig sein.

Abg. v. Buch (konf.) empfiehlt ebenfalls
die Annahme der Vorlage ohne Kommissions-
beratung.
Abg. Im Walle (Zentr.) bemerkt gegen-
über dem Abg. von Gneiff, dass die Zahl der
Reklamationen mit der Zeit hoffentlich abnehmen
wird und die Anstellung zahlreicher Richter sich
dann als entbehrlich erweisen werde.

Die Abgg. v. Tiedemann-Labichow
(freis.) und Szwalina (freis.) empfehlen die
Annahme der Vorlage ohne Kommissionsberatung.
Es wird sofort in die zweite Lesung der
Vorlage eingetreten.

§ 3 enthält die Bestimmung, dass Beschwer-
den, bei welchen es sich um Rechtsfragen von
grundfächtiger Bedeutung handelt, dem Steuer-
senat überwiesen werden können.
Abg. Szwalina beantragt, statt „können“
zu setzen „müssen“.
Ministerpräsident Graf zu Eulenburg
hält diese Aenderung für zu weit gehend.

Abg. Dr. v. Gneiff widerspricht ebenfalls
dem Antrage Szwalinas, ebenso die Abgg. v. d.
Reck (konf.) und Im Walle (Zentr.).
Der Antrag Szwalinas wird abgelehnt und
die Vorlage unverändert angenommen.
Es folgt die erste Lesung des Antrages Ko-
lich (freis.) auf Annahme einer Novelle zum
Gesetz betreffend die Reklamentverfolgung der un-
mittelbaren Staatsbeamten.

Abg. Francke-Lorenzen (natl.) bemerkt,
dass das Gesetz, dessen Aenderung der Antrag be-
zweckt, ein Kirchengesetz ist, das nicht der staats-
lichen Gesetzgebung untersteht.

Reg.-Kommissar Geh. Rath Belian schlägt
sich diesen Vorken an und betont namentlich
die große finanzielle Tragweite des Antrages.
Der Finanzminister wünsche, dass der Antrag nicht
angenommen wird.
Die Abgg. Brandenburg (Ztr.) und
Frhr. v. Minnigerode-Rostten (konf.) em-
pfehlen Kommissionsberatung.
Der Antrag wird der Budgetkommission über-
wiesen.
Es folgt die Beratung des Antrages
Lerche (freis.) auf Einstellung der nöthigen Mittel
in den nächstjährigen Etat zur Vermehrung ber-
eitsmännigen Richterstellen.

Der Justizminister hat seinen Standpunkt zu der
Angelegenheit bereits früher dargelegt und ist be-
müht, die nothwendigen Forderungen bei dem
Finanzminister zu erlangen.

Abg. Korch (konf.) stimmt dem Antrage
im Prinzip zu und bittet denselben an die Budget-
kommission zu verweisen.

Abg. Roeren (H.) wünscht die Justiz-
kommission mit der Vorberatung zu betrauen.
Das Hilfsrichterkenn sei verfassungswidrig.

Abg. Barth (freis.) stimmt dem Antrage
auf Vorberatung durch die Budgetkommission
bei, will aber nicht alle Gründe anerkennen,
welche Lerche für seinen Antrag vorgebracht hat.

Abg. Schmidt-Warburg (Ztr.) hält die
finanziellen Anforderungen, welche der Antrag
stellt, für nicht so erheblich.

Der Antrag geht an die Justizkommission.
Eine größere Anzahl von Petitionen wird, als
zur Erörterung im Plenum nicht geeignet, durch
Kommissionsnahme erledigt.

Es folgen Petitionen. Die Petition eines
Eisenbahnarbeiters wegen besserer Fürsorge für im
Dienste verunglückte Beamte wird der Regierung
als Material überwiesen. — Die Petition eines
Steuerbeamten wegen Anrechnung einer Verle-
dungsprämie auf das steuerpflichtige Einkommen
wird durch Tagesordnung erledigt. Eine Petition
wegen Erlasses einer Mühlenabgabe wird der Re-
gierung zur Ermüdung überwiesen. — Die Pe-
tition wegen Zulassung der Feuerbestattung soll
nach dem Antrage der Petitionskommission durch
Uebertragung zur Tagesordnung erledigt werden.

Abg. Goldschmidt (freis.) beantwortet Be-
richtigung, im Wesentlichen aus den gleichen
Gründen, die bereits im Reichstage vorgebracht
worden sind. Sanitäre Gründe sprechen für die
Verleidenvermehrung; religiöse Auffassungen stehen
diesem entgegen, aber wollte man etwa
annehmen, dass die durch Feuer getödteten Mär-
tyrer kein christliches Ende genommen? Eine
Totenschaue ist nöthig, um den Anforderungen
der Sicherheitspolizei zu genügen; aber niemals
könne die Verbrümmung das Gefühl so verletzen,
wie etwa die Bestattungen in einer Kirche in
Rom, wo in einem Flecken aus dem heiligen
Lande herüberführender Erde, in welcher nur vier
Leichen bestattet werden können, die Beerdigung
weiterer Leichen in der Weise bewirkt wird, dass
man die Gebeine der ältesten Leichen heraus-
nimmt und zur Verzierung der Wände, zur Ver-
fertigung von Leuchtern u. dgl. verwendet.

Abg. Wies (Ztr.) ist gegen den Antrag
Goldschmidts, weil Nidderer einen Anstoß auf die
altchristliche Begräbnisstätte nicht will.

Abg. Dr. Langerhans (freis.) findet die
Auffassung des Vorkredners durch das Bestreben
erklärlich, der Herrschaft der Kirche möglichst
weiten Raum zu schaffen.

Die Debatte wird geschlossen. Das Haus
beschließt nach dem Antrage der Kommission Ueber-
tragung zur Tagesordnung.

Zwei Petitionen um Konzeffionierung neuer
Apotheken werden nach den Anträgen der Kom-
mission erledigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.
Nächste Sitzung: Morgen 11 Uhr.
Tagesordnung: Petitionsberichte.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 17. März. Die Militärkommission
lehnte in ihrer heutigen Sitzung alle Anträge
ab; die Vorlage selbst wurde mit sechs Stimmen
abgelehnt. Für die Anträge Demingens stimmten
auch die Polen; sonst jede Partei nur für ihren
Antrag. Demingens hielt eine einbringliche Rede,
neben den militärischen dürften die finanziellen
und wirtschaftlichen Rücksichten nicht unbeachtet
bleiben. Graf Caprivi sprach in seiner Erwä-
dung die Hoffnung aus, dass es zu einem Konsult
zwischen der Regierung und den Nationalliberalen
nicht kommen würde, aber von einem sachlichen
Entgegenkommen des Reichsanzlers war heute so
wenig wie gestern zu bemerken. Mitte April,
nach den parlamentarischen Differenzen wird der
Bericht der Kommission festgestellt werden und
alsdann die Entscheidung im Reichstag erfolgen.

Nachdem die Entscheidungen der Schieds-
gerichte für Invalditäts- und Altersversicherung
und ihrer Vorstehenden in Kostenfragen wiederholt
zu Beschwerden geführt haben, und häufig von
den Schiedsgerichtsvorstehenden und den Vorstän-
den der Invalditäts- und Altersversicherungs-
Anstalten Anfragen und Ersuchen um Verlehung
auf dem hier in Frage kommenden Gebiete an das
Reichs-Versicherungsamt gerichtet sind, hat das
letzte an die Vorstehenden dieser Schiedsgerichte
ein Rundschreiben gerichtet, in welchem es Grund-
sätze betreffend die in der Berufungsinstantz er-
gehenden Entscheidungen in Kostenfragen anstellt.

Nach den Beschlüssen des Reichstages
zweiter Lesung ist der Reichshaushaltsetat für
1893-94 in Einnahmen und Ausgaben um 16,3
Millionen herabgesetzt worden. Er beläuft sich
nunmehr auf 1.273,9 Millionen mit 1.257,6
Millionen. Die Abstriche bei den fortwährenden
Ausgaben betragen 881.237 Mark. Die einmaligen
Ausgaben des ordentlichen Etats weisen eine Er-
höhung um 456.337 Mark auf. Es sind in diesem
Etatabschnitte bedeutende Abstriche vorgenommen
worden, jedoch sind in denselben 3 Millionen
für Erweiterung eines Artillerieplatzes aus dem
außerordentlichen Etat überführt. Die ein-
maligen Ausgaben des außerordentlichen Etats
sind um 15.925.060 Mark gekürzt worden. Die-
sen Kürzungen entsprechend ist die Anleihe summe
im Anleihegesetz auf 130.228.147 Mark festgestellt
worden.

Seit einigen Tagen ist in den Blättern
die Rede davon, dass mehrere in höheren Kom-
mandostellungen sich befindende Offiziere um
ihren Abschied eingekommen seien. Dem Berneh-
men nach soll sich unter der Zahl jener hohen
Offiziere auch der kommandierende General des
7. Armee-Korps v. Albedyll befinden, ebenso der
in Bromberg stehende Generalleutnant v. Albedyll,
ferner der Generalmajor v. Seydowitz (Brand-
schweig), der Kommandeur der 22. Division,
Generalleutnant v. Goetze, endlich der Gouver-
neur von Köln, Generalleutnant v. Schopp.

Unter der Aufschrift: „Regiment Soden
und Regiment Wisfmann“ bringt die Münchener
„Allg. Ztg.“ von einer Seite, die sowohl der Ver-
waltung des Herrn v. Soden, wie der des Majors
v. Wisfmann praktisch nahe gestanden hat, eine
lange Darlegung, der wir folgende Stellen ent-
nehmen:

„Als Major v. Wisfmann durch Herrn v.

Soden ersetzt wurde, hörte man diesen Wechsel
in allen Tonarten preisen. Nicht die geringsten
Vorwürfe, die Herrn v. Wisfmann gemacht
worden, lauteten: maßlose Ausgaben, jämmerliche
Rechnungslegung u. s. w. Man ist jetzt in der
Lage, diese Vorwürfe an der Hand des dem
Reichstage vorgelegten Materials ziffernmäßig zu
prüfen. Laut der Allgemeinen Rechnung über
den Reichshaushalt für das Etatsjahr 1889-90
sind anferntsmäßig veranschlagt für das Reichs-
kommissariat für Ostafrika 390.167 Mark
33 Pf.; nach der Uebersicht der Reichsausgaben
und Einnahmen für das Etatsjahr 1891-92
S. 230-31 beträgt die anferntsmäßige Aus-
gabe „für Maßregeln zur Unterdrückung des
Sklavenshandels in Ostafrika“, d. h. der Zustand
zu den Ausgaben des Gouvernements: 317.967
Mark 45 Pf., also nur 72.000 Mark weniger
als in dem Wisfmannschen Kriegsjahre. Dabei
ist dann noch in Betracht zu ziehen, dass zur
Wisfmannschen Zeit die Kolonialmaßnahmen der Ost-
afrikanischen Gesellschaft zuzurechnen sind, während sie
jetzt in den Einnahmen des Gouvernements mit
1.780.000 Mark enthalten sind. Was die Rech-
nungslegung anbelangt, so stand Herr v. Wisf-
mann ein einziger Zahlmeister zur Verfügung,
während sich gegenwärtig bei der „Allgemeinen
Verwaltung“ in Dar-es-Salaam nicht weniger
als 1 Kantvermeister, 4 Buchhalter und Kas-
sierer, 1 Registrierer für die Hauptkasse, 2
weitere Rechnungsbeamte, und bei der Schutztruppe
1 Zahlmeister und 15 Zahlmeister-Auxilianten be-
finden. Da kann man dem allerdings wohl ver-
langen, dass die Rechnungslegung klar, zumal
Wisfmann sich mit seiner Schutztruppe in steter
Bewegung befand, während Herr v. Soden in
Dar-es-Salaam das Stillleben friedlicher Zivill-
verwaltung genoss und der bei weitem größte
Theil der Schutztruppe unmittelbar kriegerische
Aufgaben nicht oder doch nur für kurze Zeiträume
hatte. Allerdings war Wisfmann freigiebig, wäh-
rend seit Eintritt der „Zivilverwaltung“ mit
oder ohne Verschulden der letzteren die Schutz-
truppe eine Reihe beauerlicher Schicks zu ver-
zeichnen hatte.“

Thorn, 17. März. Die Strafkammer ver-
urtheilte den Straßenbahnbedienten-Inspizitor Werth-
mann, dessen Verhaftung großes Aufsehen erregte,
wegen Unterschlagung in 19 Fällen zu einem
Jahre Gefängnis.

Aus Elbing wird gemeldet: Das Wasser der
Hommel ist so gestiegen, dass die beiderseitigen
Dämme überfluthet sind. Die Zäuberstraße und
die Gärten anderer Straßen sind überfluthet. Das
Wasser bringt bereits in die Wohnun-
gen ein.

Blankenburg a. S., 17. März. Die
gestern gemeldete Dynamitexplosion, welche in
der Arbeiterbude der Harzer Werke ge-
hörten Eisensteingrube „Wolfsmarkter“ bei Hitten-
rode stattfand, ist durch den Vorarbeiter Behme
absichtlich veranlasst worden. Acht Arbeiter,
darunter Behme, sind getödtet, sechs davon ganz
in Stücke zerfallen worden.

Frankfurt a. M., 17. März. Am
Schluss an den deutschen Bannern und ist hier die
Gründung eines Bundes süddeutscher Landwirthe
in der Bildung begriffen. Der Vorsitzende des
Agitationskomitees ist Lude-Patershausen. Am
nächsten Sonnabend ist die konstituierende Ver-
sammlung in Mainz. Der Bund erstreckt eine
große Wirtschaftspartei in den Parlamenten.

Oesterreich-Ungarn.
Wien, 17. März. Abgeordnetenhaus. Der
Vizepräsident Freiherr von Oshumet theilte mit,
dass der bisherige Präsident Dr. Smolle sein
Mandat niedergelegt habe. Sämmtliche Abge-
ordneten erhoben sich von den Bänken, als
Oshumet von den parlamentarischen Tugenden
und der Bescheidenheit Smollas sprach, der nur
Freunde und keine Feinde habe. Das Ansehen
an Dr. Smolla würde ein unvergleichliches sein.
(Kante Zustimmungserufe.) Oshumet erklärte, er
werde die ehrende Kundgebung des Hauses in
das Protokoll aufnehmen lassen. (Lebhafter an-
haltender Beifall und Händeklatschen.) Der Ab-
geordnete von Pflenz beantragt, dem scheidenden
Präsidenten eine Ehrenmedaille von jährlich 700
Gulden zu bewilligen. Die Dringlichkeit der Be-
trachtung wurde anerkannt und die Debatte über
den Antrag eröffnet.

Frankreich
Paris, 17. März. Andrieux erklärte auf
Befragen einem Berichterstatter gegenüber, es
habe sich niemals ein Mitglied des diplomatischen
Korps auf der Seite des Baron Reinach befun-
den. Dubuit, Vorsitzender der Anwaltskammer,
hat an den Konseilspräsidenten Ribot ein Schreiben
gerichtet, in welchem er gegen die Beschuldigung
der Indiscretion, die Ribot von den Tribünen der
Kammer herab gegen die Mitglieder der Abol-
ution erhoben habe, entschieden Verwahrung ein-
legt. Mehrere Morgenblätter meinen, der Ge-
danke der Kammerauflösung erwinne in der Kam-
mer immer mehr Terrain.

Paris, 17. März. Die Organe der Oppo-
sition greifen Ribot auf das heftigste an, welcher
zu seiner Vertheidigung den Vorkämpfer einer be-
freunden Macht in leichsinziger und über-
flüssiger Weise Erörterungen preisgegeben habe.
Der Vorsitzende der Anwaltskammer Du
Buit erklärt in einem Schreiben, Ribot habe nicht
daran gedacht, dass weder Herr noch Frau Cottu
zur Verschwiegenheit verpflichtet waren, und dass
letztere von der in ihrer Umgebung organisierten
Spionage erfuhr. Du Buit schließt, er werde
ähnliche Angriffe auf den Abolationsstand nicht
mehr dulden. Drei Anwälte, darunter zwei
oppositionelle Abgeordnete, haben gegen Ribot,
welcher der Abolutor angehöre, Disziplinarklage
beim Vorsitzenden der Anwaltskammer er-
hoben.

Spanien und Portugal.
Aus Madrid, 11. März, berichtet die
„Köln. Zeitung“: Gestern Abend sollte die Ein-
weihung der neuen evangelischen Kirche, die von
der anglikanischen Mission hier erbaut ist, nun
endlich stattfinden. Die Eröffnung war am
1. Dezember v. J. verboten worden, angeblich
weil der Stadtbaumeister den Bau nicht abge-
nommen habe. Man verschwie, dass er dies
nur auf Befehl des Bürgermeisters thun durfte,
und dass dieser den Befehl dazu nicht erteilen
wollte. Eine Abordnung von Damen der ersten
Gesellschaftsstufe hatte den Ministerpräsidenten ge-
beten, die Eröffnung zu hindern, und Sagasta
habe wenigstens die Entzerrung der „Auffen





